

Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten

Eine „Eilmeldung“ nach der anderen huscht über die websites von Tagesschau & Co. Mal ist es die Hiobsbotschaft von Wirtschaftsminister Habeck: die deutsche Wirtschaft will einfach nicht wachsen. Mal ist es das Grauen von Finanzminister Lindner: 14 Milliarden fehlen bei den Steuereinnahmen des Bundes, der Länder und Kommunen. Und dann auch noch 17,8 Milliarden, die bei den gesetzlichen Krankenkassen fehlen. Und am allerschlimmsten: nach Volkswagen meldet nun auch Porsche „Gewinneinbruch“. Aus allen Parteien, Wirtschaftsinstituten und Vorständen kommt ein Geschrei an Plänen und Forderungen zur Rettung der Wirtschaft. Weder die superreichen Familien noch die Wirtschaftsleute müssen angesichts dieser neuen Geschäftigkeit in Panik geraten. Besteuerung der großen Vermögen und Konzerne steht nicht auf der Tagesordnung.

Dabei hat unsereiner längst kein Gefühl dafür, was diese „Milliarden“ bedeuten. 14 Milliarden Euro, die bei den Steuereinnahmen fehlen, ist das viel? Jedenfalls wird das von Spitzenpolitikern zum Anlass genommen, erneut mit Sorgenfalten eine „wirtschaftspolitische Wende“ zu verlangen - übersetzt: Subventionen und Steuersenkungen für Konzerne, längere Arbeitszeiten, Kürzungen beim Bürgergeld und bei Leistungen an Geflüchtete, auf dass die Menschen gezwungen sind, unter den miesesten Bedingungen zu arbeiten.

14 Milliarden Minus sind bei 950 Milliarden Steuereinnahmen insgesamt allerdings nicht sooo dramatisch nah am Zusammenbruch des deutschen Staates. Mal abgesehen davon, dass der reichste Mann Deutschlands das locker aus seinem Vermögen zahlen könnte und immer noch 30 Milliarden hätte. Auch 26 Milliardärsfamilien haben in den letzten Jahren nur 6 Millionen Euro Erbschaftssteuer statt 2,1 Milliarden Euro gezahlt, weil sie sich kreativ arm gerechnet haben. Andererseits hat die Regierung ihre eigenen Prioritäten, wofür Steuergeld ausgegeben werden muss: zum Beispiel Aufrüstung und Waffenlieferungen, zum Beispiel nach Israel, um dort einen Genozid an den Palästinenser:innen zu unterstützen...

In Berlin wird eine Haushaltssperre verhängt und die CDU/SPD-Regierung hat ihre Streichliste erarbeitet. Darauf stehen die Löhne für alle Landesbeamten und Angestellten, die Jugendsozialarbeit, die Kultur, die Hochschulen... und neuerdings die Klassenfahrten der Schulen. Auf der anderen Seite hat der größte Wohnungskonzern Vonovia durch einen völlig legalen Steuertrick es geschafft, statt 1 Milliarde Euro Steuern an das Land Berlin Null Euro zahlen zu müssen.

Die Staatskassen und Kassen der Sozialversicherungen sind leer, weil die Taschen der Konzerne und superreichen Familien so voll sind.

Und nein, es sind wirklich nicht die Migrant:innen Schuld. Laut des Magazins *Forbes* kommen die zehn reichsten Deutschen 2024 auf ein Vermögen von mehr als 200 Milliarden Dollar. Laut *manager magazin* haben die 500 reichsten Familien in Deutschland 1,1 Billionen Euro. Sie sind, im Gegensatz zum Großteil der Bevölkerung, durch Corona und Gaskrise noch viel reicher geworden. Sie können sich darauf verlassen, dass sie ihr Vermögen unangetastet auch nächstes Jahr genießen können. Oder nehmen wir unseren Lieblingsreichen Elon Musk. Der gräbt in Brandenburg nicht nur das Wasser ab und beutet die Leute in seiner Giga-Factory aus (wieviel Steuern zahlt er eigentlich, abzüglich der vielen staatlichen Unterstützung?). Mit seinem unglaublichen Vermögen von 247,7 Milliarden Dollar kauft er sich sogar die Präsidentschaftswahl in den USA und durch den voraussichtlichen Sieg Trumps stieg der Aktienkurs von Tesla mal locker um 15%.

Selbst die Industrie ist weiterhin Weltspitze. 112 Milliarden Euro Gewinne werden die 40 DAX-Unternehmen dieses Jahr machen. Sie jammern, weil das nicht so viel ist, wie sie erhofft hatten. Es ist trotzdem eines der besten Jahre in der Geschichte des DAX.

Dieses „Jammertal“ erinnert an die 2000er Jahre vor der Agenda 2010 und Einführung von Hartz IV. Die Hetze gegen Bürgergeldempfänger:innen erinnert auch stark daran. Die Debatte um Sanktionen betrifft gerade einmal 16.000 „Totalverweigerer“. Auf der anderen Seite hat sich die Zahl der Personen, die nur von Mieteinnahmen, Zinsen und Gewinnen, die andere erwirtschaftet haben, leben, in den letzten 15 Jahren auf 900.000 Personen, mehr als verdoppelt. Diese Menschen gehen gar nicht arbeiten, über die Hälfte war noch nie arbeiten, weil sie geerbt haben. An diese Menschen müssen wir ran.

Es liegt an den Arbeitenden selbst, dieses verlogene Spiel der Reichen und Konzernchefs zu beenden, schnell und entschlossen.

Von Kolleg:innen für Kolleg:innen...

„Ist nichts Persönliches. Und Grüße an die Familie!“

Hier, vergessen Sie ihr Kündigungsschreiben nicht!“ Wer mit solch warmherzigen Worten dem Arbeitsmarkt wieder zur Verfügung gestellt werden sollte, könnte vermuten, dass die Führungskraft in der Charité-Fortbildungsakademie am Live-Webinar „Störfälle im Arbeitsverhältnis“ teilgenommen hat.

Der Wink

Viele Kliniken sind spätestens 2023 ordentlich in die „roten Zahlen“ gerutscht. Anstatt nun von der Politik eine auskömmliche Finanzierung zu fordern, setzen viele Kliniken auf Sanierungspläne. Bei Vivantes auch. Für alle sei dies eine ordentliche Herausforderung und alle müssten ihren Beitrag erbringen. Schließlich wolle man sanieren ohne zu entlassen. Da ist er, der Wink mit der Holzlatte: schneller, mehr, effizienter arbeiten, sonst müssten sie womöglich eben doch Häuser schließen und Leute kündigen. Oder mal wieder ausgliedern. Beim Sparen geht die Geschäftsführung dort schon mal vorbildlich voran und genehmigt sich eine dritte Geschäftsführerposition.

Impuls

Der Name, den sich das Herzzentrum in der Charité für seinen Sanierungsplan ausgedacht hat, ist sicher hübsch, das war es aber auch schon mit Kreativität. Denn wie bei Vivantes und sicher hunderten anderer Kliniken heißt der Plan: Kosten sparen und Auslastung steigern. Nichts spricht gegen die Verbesserung von Abläufen oder Strukturen, doch hören wir vor allem diesen Teil: „dass dieses Programm zusätzliche Anstrengungen von uns allen verlangen wird“. In guten Zeiten sonnen sich die Chefs im „Ruhm“ der Klinik, wenn die Zahlen nicht stimmen, strengen wir uns zusätzlich für sie an ... Wir sagen es ja, nicht sehr kreativ.

TVöD 2025 – Signale stehen auf Streik

Frau Welge, Präsidentin beim Arbeitgeberverband, sieht angesichts unserer Forderungen zum TVöD 2025 die Handlungsfähigkeit der Kommunen gefährdet. Sie provoziert und spricht von 2 % möglicher Lohnerhöhung. Denn die Kassen seien nun mal leer. Unsere Geldbörsen sind es auch. Die öffentlichen Kassen sind weder durch uns, noch durch Bürgergeldempfänger:innen oder Geflüchtete geplündert – sondern durch eine Politik, die Steuern auf das Eigentum der Reichen in einem Rekordtief hält und Subventionen für Großkonzerne durch uns finanzieren lässt. Diese Politik ändern wir nicht mit falscher Bescheidenheit, sondern mit der Durchsetzung unserer Forderungen und Interessen. 350 € sind dabei nun wirklich das Mindeste.

CFM 2025 – Signale stehen auf Streik

Die Beschäftigten der CFM nehmen ihre Zukunft in die eigene Hand. Mit ihrer Unterschrift bekräftigten über 1700 Kolleg:innen ihre Forderung, endlich nach dem an der Charité gültigen Tarifvertrag bezahlt zu werden. Sie erinnern damit auch an die Versprechen des Berliner Senates, die Töchter bei Vivantes und Charité in die Klinikunternehmen zurückzuführen. Die Reaktion von Chefs und Politik bei der Übergabe der Petition war mehr als Verhalten und verdeutlichte den Unwillen, den Forderungen nachzukommen. Wir haben das sehr wohl mitbekommen und verstanden. Und bereiten jetzt den Arbeitskampf vor.

Ver.di ist halt auch nur ein Gewohnheitsmensch

Für uns in der CFM steht 2025 wie gesagt der nächste Tarifkampf an. Und richtig, bevor man loslegt, muss man sich über seine Ziele und Forderungen verständigen. So startet nun auch die Ver.di-Forderungsfindung an der CFM. Doch wir haben unsere Forderungen schon völlig klar: TVöD ab 01.01.2025. Damit lohnt sich auch die Ausgliederung nicht

mehr. Nutzen wir also unsere Forderungsfindung lieber zum Austausch zur Streikstrategie und zur Information unserer Kolleg:innen in der Charité.

Kinder, Kinder

Die Beschäftigten der Kinderkliniken, auch an der Charité, kennen es zu genau. Das DRG-System ist ungeeignet für ihre Finanzierung und das hat gewaltige Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen. Die Situation in der Kinderkardiologie ist besonders angespannt. Leistungen werden ausgeweitet ohne das notwendige Personal vorhalten zu können. Die Arbeitsbelastung ist stark angestiegen und die Bedingungen so schlecht, dass neu hinzugekommene Kolleg:innen schleunigst wieder verschwinden. Viele derjenigen, die die Abteilung noch am Laufen halten, denken mittlerweile über den selben Schritt nach.

Wessen Verantwortung?

Mit der Anwerbung der Ober-OP-Managerin aus Mainz hatten wir es schon geahnt. An der Charité soll viel mehr operiert werden. Koste es, was es wolle. Deutlich wurde dies auch noch mal auf der Personalversammlung am 07.10. Zwar redet man von Qualität und Qualifizierung, aber das ist eben nur Gerede. In der Praxis führt dies eben dazu, dass auch MFAs, Auszubildende, Medizinstudent:innen eigenverantwortlich im Saal oder sogar am Tisch arbeiten sollen. Das OP-Management sieht sich dabei fein raus, denn letztendlich soll die Verantwortung bei diesem Spiel bei der Operateur:in liegen.

Der Pleitegeier sitzt im Portemonnaie, yippie ai yeh ...

Bekanntlich wird mit dem Lauterbachschen „Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz“ alles soo viiiel besser, dass es kaum noch auszuhalten ist – Beispiel Brandenburg. Derzeit haben die Häuser in Guben und Spremberg bereits Insolvenz in Eigenregie angemeldet, über dem Ernst-von-Bergmann in Potsdam und fünf weiteren Kliniken im Land kreisen die Geier. Von den Krankenkassen verlautet, dass die neuen Finanzierungsregeln wohl erst ab 2027 greifen sollen – und auch dann seien diese für Krankenhäuser in einem Flächenland wie Brandenburg wohl eher so was wie illegale Sterbehilfe ...

Glückwünsche nach Hannover

Über Monate hinweg haben die Kolleg:innen an der Medizinischen Hochschule Hannover um einen Tarifvertrag Entlastung gekämpft. Die Chefs gingen sogar per Anrufung von Gerichten gegen ihre Warnstreiks vor. Und doch, die Kolleg:innen haben sich durchgesetzt und durch die Gewerkschaft ver.di im Oktober Eckpunkte für eine Vereinbarung Entlastung unterschreiben lassen. Damit wird das Arbeiten auch in Hannover nicht zum reinen Vergnügen, aber wir haben mal wieder erfahren, was wir alles durchsetzen können.

Stop bombing hospitals

Weltweit gehen Gesundheitsarbeiter:innen auf die Straßen gegen die Bombardierung von Gesundheitseinrichtungen in Gaza und Libanon. In Berlin beteiligten sich Nurses for Peace bei der Kundgebung am Hauptbahnhof oder letzte Woche die Healthcare Workers for Palestine vorm Bettenhochhaus in Mitte.



Über den QR-Code könnt ihr unserer Vitamin C WhatsApp Gruppe beitreten und euch mit anderen Kolleg:innen austauschen und aktiv werden!

Wenn Dir das Flugblatt gefällt, gib es doch an Kolleginnen und Kollegen weiter...

Wir sind erreichbar unter - Insta: gruppe_vitaminc - flugblatt_charite@gmx.net - www.sozialismus.click

V.i.S.d.P.: Florian Sund, Schmarjestr. 17 14169 Berlin